Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bezahlende 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb., Nr. 75.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 70, Schwarzenberg 681. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 291. Sonnabend, den 13. Dezember 1924. 77. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Die **Maul- und Klauenseuche** ist unter den Viehbeständen folgender Viehbesitzer erloschen:
Niederaffalter: Rich. Hübner, Nr. 40, Hermann Jähn, Nr. 48, Gustav Günther, Nr. 30.
Oberaffalter: Louis Unger, Nr. 45.
In Oberaffalter werden die Seuchenmaßnahmen aufgehoben. Die seuchenfreien Gehöfte von Niederaffalter gehören zum Beobachtungsgebiet.
Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 11. Dezember 1924.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:
1. Am 1. Dezember 1924 auf Blatt 617 die Firma **Mühlenbetriebsgesellschaft m. b. H.** in Aue betr.: Der Geschäftsführer Fabrikdirektor **Wilhelm Wiedemann** in Aue ist ausgeschieden.
2. Am 5. Dezember 1924 auf Blatt 554, die Firma **Paul Marwitz** in Aue betr.: Die Firma lautet künftig: **Arthur Krauße, Paul Marwitz Nachf.** Der Bücherrevisor **Paul Marwitz** in Aue ist ausgeschieden. Der Kaufmann **Franz Arthur Krauße** in Niederschlema ist Inhaber. Der neue Inhaber haftet nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers, es gehen auch nicht die im Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über.
Amtsgericht Aue, den 11. Dezember 1924.

Aktienabstempelung betreffend.

Auf Grund der Goldbilanzverordnung vom 28. Dezember 1923 und der dazu erlassenen Durchführungsverordnungen sind sämtliche Aktiengesellschaften gezwungen, das Aktienkapital auf Goldmark umzustellen.
Soweit Aktien bei uns hinterlegt sind, werden wir für unsere Kundschaft alles Nötige besorgen. Befinden sich solche Stücke aber noch in eigener Verwahrung der Kunden, so dürfte es sich empfehlen, die Papiere baldigst bei uns einzureichen. Es ist dies um so wichtiger, da die Bekanntmachungen der Gesellschaften vielfach nur im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht werden.
Sparkasse Aue (Erzgeb.).

Zweiter Jahrmarkt in Lößnitz

Sonntag und Montag, den 14. und 15. Dezember 1924.

Stangenversteigerung.

Freitag, den 19. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr, im Restaurant Curt Pötzsch in Schwarzenberg.
1. **Staatsforstrevier Pöhla:**
Derbstangen: 1800 8/9 cm, 50 10/12 cm; **Reisstangen:** 1900 3 cm, 6100 4 cm, 5300 5 cm, 4300 6 cm, 2700 7 cm; Durchforstungen: Abt. 16, 20, 32, 37, 43—45, 66—68.
2. **Staatsforstrevier Breitenhof:**
Derbstangen: 2200 8/10 cm; **Reisstangen:** 7000 2 cm, 30 000 3/5 cm, 8000 6/7 cm. Abt.: 36, 43, 44, 55, 56, 57, 108, 117, 118.
Forstämter Pöhla und Breitenhof. Forstkasse Schwarzenberg.

Die Zerschlagung der Reichswehr.

Das verschleierte Memorandum.

Paris, 11. Dez. Wie der Berliner Berichterstatter des „Journal“ meldet, arbeitet die interalliierte Militärkontrollkommission augenblicklich mit Hochdruck an der Fertigstellung des Berichts über die Generalkontrolle der deutschen Entwaffnung. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde der Bericht am 20. Dezember beendigt sein und die Kommission Berlin am 1. März verlassen. Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß der Bericht für Deutschland nicht so günstig sein wird, wie man es allgemein in Deutschland erwartet. Er enthält zahlreiche und außerordentlich genaue Kritiken über die Verletzung der Entwaffnungsbestimmungen. (?) In der Hauptsache werden drei Punkte aufgeführt:

1. Das Amt eines Generalissimus der Reichswehr, das bekanntlich General v. Seeckt innehat, sei unvereinbar mit dem Friedensvertrag. Die Alliierten verlangten also die Abschaffung dieses Amtes und forderten, daß das Oberkommando der Reichswehr von zwei unabhängig voneinander arbeitenden Offizieren ausgeübt werde, deren Funktionen genau festgestellt werden sollen.

2. Trotz wiederholter Vorstellungen hat die interalliierte Kontrollkommission es nicht erreichen können, daß vom deutschen Generalstab die Sonderarchive über den genauen Stand der Bewaffnung des Reiches bei Abschluß des Waffenstillstandes abgegeben wurden. Vor einigen Monaten sei es einem englischen Kontrolloffizier gelungen, diese Archive „zu entdecken“. Der deutsche Verbindungsoffizier, der den englischen Offizier begleitete, habe den Engländer unter einem Vorwande aus dem Archiv herausgelockt, und als der englische Offizier zwei Stunden später zurückkehrte, sei das Archiv bis auf das letzte Blatt verschwunden gewesen. (?)

3. Die Schleifung der Grenzfestungen sei nicht entsprechend den Vorschriften des Friedensvertrages ausgeführt worden.

•

Es hilft alles Leugnen gewisser politischer Parteien in Deutschland nichts: Die Reichswehr soll doch zerschlagen werden. Besonders eigentümlich berührt es, daß man jetzt plötzlich mit Forderungen kommt, die doch schon seit Jahren Gegenstand von Erörterungen sein konnten. Es ist bekannt, daß Angehörige von deutschen pazifistischen Parteien sich als **schwarze Gesandte in Paris herumtreiben.** Der Zusammenhang zwischen ihnen und den neuen Forderungen der Entente, die in dieser Hinsicht völlig von Frankreich geführt wird, liegt auf der Hand.

• • •

Die Reorganisation des französischen Heeres.

Paris, 11. Dez. Die Kammer hat in ihrer heutigen Vormittagssitzung die Generaldebatte über das Heeresbudget beendet. Der sozialistische Abg. Renaudel erklärte, daß er die Ausführungen des Kriegsministers Nollet über die Reorganisation des Heeres auf der Grundlage der bewaffneten Nation begrüße. Die Sozialisten seien in der gleichen Weise um die nationale Verteidigung wie um den internationalen Frieden besorgt. Der ehemalige Kriegsminister Maginot erklärte, daß die Kredite des jetzigen Militärbudgets hauptsächlich dazu dienten, die 18-monatige Dienstzeit durchzuführen. Er wies auf die Bedeutung der Reservistenübungen hin und sprach sich gegen die Streichung der Kredite für diese Uebungen aus. Schließlich trat er für eine Besserung der Luftschiffahrt und der industriellen Mobilisierung ein.

Um die Regierungsbildung.

Berlin, 11. Dezember. Vor Vertretern seiner Presse sprach sich Reichskanzler Marx heute über die parlamentarische Lage aus. Auf die Frage, ob der neue Reichstag die Gewähr für eine Fortführung der bisherigen Außenpolitik des Reichskabinetts biete, erwiderte der Reichskanzler u. a., ihm scheine diese Gewähr gegeben zu sein, da eine große Mehrheit der Wähler am 7. Dezember den Parteien ihre Stimme gegeben habe, die wie Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Sozialdemokraten und Bayrische Volkspartei Träger dieser Politik waren oder sie unterstützt haben. Es entspreche daher auch seiner Ueberzeugung, daß die Erweiterung der Regierung durch Hinzuziehung derjenigen Parteien erfolgen solle, welche die Regierungspolitik bis jetzt unterstützt haben, und er verstehe es daher, daß vielfach die Schaffung der „Großen Koalition“ jetzt als politisches Gebot und als Vollzug des Willens der deutschen Wähler angesehen werde. Eine Regierungserweiterung nach rechts, gegen die er gewisse Bedenken gehabt und offen ausgesprochen habe, sei zwar rechnerisch im neuen Reichstag auch ohne Einbezug der Demokraten möglich. Ob aber für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik, die im Vordergrund des Interesses bleiben müsse, diese Erweiterung erwünscht oder auch nur tragbar sei, darüber gingen die Meinungen auseinander. Er selbst sei nicht in der Lage, diese Frage zu bejahen, doch werde er einem solchen Versuch, falls er dem Willen der Parteien entspreche, persönlich Schwierigkeiten nicht in den Weg legen. Er selbst glaube die Verantwortung für diesen Versuch nicht tragen zu können. Auf die Frage, ob das Zentrum eine Rechtsregierung unterstützen würde, erklärte der Kanzler u. a., für das Zentrum dürften stets lediglich sachliche Gründe in der Frage der Koalitionsbildung entscheidend sein, und jede Unterstützung der bisherigen Außenpolitik, komme sie von rechts oder links, sei willkommen, sofern Gewähr für die Beibehaltung des außenpolitischen Kurses gegeben sei. Der Kanzler schloß mit dem Hinweis auf den einstimmigen Beschluß des Reichsparteitages des Zentrums, in welchem der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß der „bewährten Politik der Mitte“ auch im zukünftigen Reichstag Geltung und Führung verschafft werde. Dieser Beschluß sei auch heute noch bindend.

•

Berlin, 11. Dezember. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist zu einer konstituierenden Sitzung auf Dienstag, den 16. Dezember, einberufen worden. An demselben Tage tritt auch die demokratische Reichstagsfraktion zusammen. Bezüglich der Einberufung des Reichstages ist noch keine Entscheidung getroffen. Sie hängt von der Regierungsneubildung ab.

Wird Köln am 10. Januar geräumt?

London, 11. Dez. Im Unterhaus erklärte Baldwin, die Pressemeldungen, nach welchen England auf unbestimmte Zeit in der Kölner Zone verbleiben wolle, seien völlig aus der Luft gegriffen und entbehrten jeder Grundlage.

Berlin, 11. Dez. Gegenüber Gerüchten, nach denen Sowjetrußland an seiner Westgrenze den Kriegszustand erklärt haben soll, stellt die hiesige Vertretung der Russischen Telegraphen-Agentur fest, daß diese Gerüchte vollkommen aus der Luft gegriffen seien.

London, 11. Dez. Nach einer Reutermeldung aus Kairo verlautet dort, daß die ägyptische Regierung in der Angelegenheit der Ermordung des Sirdar weitere Verhaftungen habe vornehmen lassen. Unter den Verhafteten befindet sich ein ägyptischer Journalist.

Newyork, 11. Dez. Nach einer Meldung der „Associated Presse“ aus Mexiko überreichte der deutsche Gesandte Will dem Präsidenten Calles sein Beglaubigungsschreiben, sowie ein besonderes Schreiben des Präsidenten Ebert.

Der Prozeß Rothardt.

Die gefährlichen Wirkungen des Rüstungsstreiks 1918.

Magdeburg, 11. Dez. Der Vorsitzende verliest bei Beginn der heutigen Sitzung des Protokoll der gestrigen Nachmittagssitzung in der Wohnung des Reichspräsidenten, wo nochmals der Zeuge Syrig und der Reichspräsident über die Vorgänge in der Versammlung im Treptower Park vernommen wurden. Syrig wiederholte dabei seine Behauptung, dem damaligen Abgeordneten Ebert sei während seiner Rede ein Zettel hinaufgereicht worden und er habe darauf inmitten der Rede geantwortet: Streik kann nur den Krieg verkürzen! Wer einen Gestellungsbefehl bekommt, soll ihm nicht Folge leisten! Abg. Ebert habe hinzugefügt, seine Partei werde auch dafür sorgen, daß die Gestellungsbefehle zurückgezogen würden. Zeuge Syrig sagt weiter, der Güterbodenarbeiter Orschel habe, im Gegensatz zu seiner Zeugenaussage von damals, der Versammlung beigewohnt und sich bereit erklärt, Syrigs Behauptungen als Zeuge zu bestätigen.

Der Reichspräsident erklärte bei seiner Vernehmung: Als ich in meiner Vernehmung am 24. November 1924 nach dem Vorgang mit dem Zettel gefragt worden bin, war ich auf eine solche Frage nicht vorbereitet. Die Frage war auch allgemein gehalten, und es ist in Versammlungen häufig vorgekommen, daß dem Redner Zettel heraufgereicht wurden. Deshalb habe ich damals eine allgemeine Antwort gegeben. Nachdem nun heute der Zeuge Syrig in meiner Gegenwart den angeblichen Vorfall mit dem Zettel eingehend geschildert hat, kann ich mit Bestimmtheit nach meiner Erinnerung sagen, daß ich den angeblichen Vorgang mit dem Zettel für unmöglich halte. Wenn mir ein solcher Zettel heraufgereicht worden wäre, und ich den Zettel gelesen hätte, so hätte ich meine Rede unterbrechen müssen, die ich frei gehalten habe. Ich hätte auch meine Brille aufsetzen müssen, weil ich damals schon ohne Brille nicht sehen konnte. Was die Bemerkung zu meiner Rede anlangt, wie der Zeuge sie dargelegt hat, so erkläre ich, daß es ausgeschlossen ist, daß ich diese Aeußerung getan habe. Ich war nie der Ansicht, daß Streik den Krieg verkürzen könne, und habe niemandem gesagt, er solle einem Gestellungsbefehle nicht folgen, geschweige denn öffentlich dazu aufgefordert, denn ich hätte mich mit einer solchen Aeußerung zu meiner ganzen Stellung zum Kriege in Widerspruch gesetzt. Ich erinnere mich bestimmt, daß in einer Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei in jener Zeit, die von anderer Seite aufgeworfene Frage der Befolgung oder Nichtbefolgung von Gestellungsbefehlen erörtert wurde. Dabei waren wir einmütig der Meinung, daß dem Bestreben, die Gestellungsbefehle nicht zu befolgen, einstimmig entgegenzuwirken wäre. Ich erinnere mich auch bestimmt, daß ich von dieser Auffassung der Parteileitung dem ehemaligen Vorsitzenden der Zentralkommission der Gewerkschaften, Bauer, Mitteilung gemacht habe. Bauer erklärte mir, daß er mit mir darin übereinstimme. Es ist ausgeschlossen, daß ich dabei in meiner Rede in irgendeinem Zusammenhang gesagt habe, wenn Strafgestellungsbefehle ergingen, würde sich meine Partei bemühen, daß sie rückgängig gemacht würden.

Zeuge Abg. Dittmann ergänzt seine Aussage dahin, er halte es für möglich, daß Abg. Ebert in seiner Versammlungsrede geäußert habe, seine Freunde würden sich für die Aufhebung von Strafgestellungsbefehlen einsetzen. Das Weitere habe der Zeuge offenbar hinzukombiniert. Die Möglichkeit, daß dem Abg. Ebert ein Zettel wieder hinaufgereicht wurde, der ihm vorher entfallen war, sei vorhanden.

Der Vorsitzende verliest darauf ein Schreiben Richard Müllers, in dem es heißt: Ich war Vorsitzender der Streikleitung und habe alle Sitzungen derselben geleitet. Ebert hat an fünf Sitzungen der Streikleitung teilgenommen und dabei nicht gesagt, daß er gegen den Streik und seine Haltung wäre; vielmehr wären nach dem Januarstreik Zustände eingetreten wie im November 1918. Ebert hätte sich auch im Januar an die Spitze der Bewegung stellen können. Die Mitglieder der Streikleitung waren derselben Ansicht.

Die Verteidigung beantragt hierauf die Ladung Richard Müllers. Das Gericht beschließt zunächst für Dienstag die Ladung der Zeugen Richard Müller, Malzahn und Eckart.

Der nächste Zeuge ist der ehemalige Marinewerftoberinspektor Lichnow, der im Kriege in Kiel war. Vorsitzender: Ist es richtig, daß die Werftarbeiter streikten und auf Befragen sagten, der Streikbefehl sei von Berlin gekommen, Ebert werde schon den Grund wissen? — Der Zeuge kann sich dessen nicht erinnern. Auf verschiedene Fragen der Verteidigung bestätigt der Zeuge, daß **der Streik der Werftarbeiter die Tätigkeit der Kriegsmarine schwer beeinträchtigt habe.**

Der Zeuge Meersmann war 1918 Chef der Zentralabteilung der kaiserlichen Werft in Kiel. Er wird gefragt, ob der Streik der Werftarbeiter nach seiner Kenntnis auf Anweisung der sozialdemokratischen Parteileitung ausgebrochen sei. — Zeuge: Darauf kann ich nichts Positives sagen. Ich hatte den Eindruck, daß der Streik im Wesentlichen politischen Motiven entsprang. — Vorsitzender: Können Sie etwas über die Schädigung sagen, die der Seekriegsführung durch den Streik zugefügt worden ist? — Zeuge: **Die Schäden lagen hauptsächlich darin, daß die im Seekriege gebauten U-Boote und Tor-**